



Ein starkes Ziel mit starken Partnern:

Unser Bündnis: Gemeinsam für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg.



Bezirksverband
Baden e.V.



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Württemberg e.V.



Pressemitteilung vom 29. Mai 2019:

Bündnis für gebührenfreie Kitas steht!

Das Bündnis für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg steht: Zwölf Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um sich neben dem Ausbau und der Qualitätsentwicklung für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung stark zu machen.

Den Bündnispartnern geht es dabei darum, Familien zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse im Südwesten zu schaffen – und nicht zuletzt Kinderarmut zu bekämpfen, die es auch in Baden-Württemberg gibt. Bei der Vorstellung des Bündnisses am 29. Mai in Stuttgart haben die Partner ihre Motivation und ihre Beweggründe im Einzelnen dargelegt.



Andreas Stoch, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Jedes Kind hat Anspruch auf kostenfreie Bildung – und zwar von Anfang an!

„Das muss auch bei uns in Baden-Württemberg gelten. Sollten wir mit unserem Volksbegehren also je rechtlich scheitern, dann werden wir als SPD die Landtagswahl 2021 zur großen politischen Volksabstimmung über gebührenfreie Kitas machen. Ausbau, Qualität und Gebührenfreiheit gehören für uns zusammen.“

Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende Landesvorsitzende des DGB Baden-Württemberg

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen.

„Das ist inzwischen einhellige Meinung. Sie sind darum ein integraler Teil der Bildungskette. Zu Recht sind Schulen, berufliche Schulen und die Hochschulen gebührenfrei. Es ist an der Zeit für ein gesellschaftliches Umdenken. Für Gebühren an Kindertageseinrichtungen gibt es keine nachvollziehbare Begründung.“



Doro Moritz, Landesvorsitzende der GEW Baden-Württemberg

Wir brauchen Qualität und Gebührenfreiheit.

„Wir müssen uns nicht über die Frage streiten, ob sich Baden-Württemberg für Qualitätsverbesserungen in den Kitas oder für Gebührenfreiheit entscheiden soll. Wir brauchen Qualität und Gebührenfreiheit. Bund, Länder, Kommunen und freie Träger müssen endlich bereit sein, das notwendige Geld in die frühkindliche Bildung zu investieren. Hohe Kosten für Kita-Gebühren und Wohnung sind eine massive Benachteiligung von Familien.“





Martin Gross, Landesbezirksleiter von verdi Baden-Württemberg

Wirklich allen Eltern im Land einen kostenlosen und damit freien Zugang zur ersten Bildungseinrichtung im Leben ihrer Kinder zu ermöglichen,...

„...ist das Fundament einer gerechten Bildungspolitik. Genauso wie erstklassige Arbeit in unseren Kindertagesstätten – garantiert durch hohe fachliche Standards in einem verbindlichen Orientierungsplan. Und mit attraktiv bezahlten Fachkräften, die ausreichend Zeit für jedes Kind haben, weil die Personalschlüssel die hohen Anforderungen realistisch abbilden. Unsere exzellenten Universitäten zeigen täglich, dass Qualität und kostenloser Zugang zusammengehen können.“

Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg

Teilhabe an Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

„Dies gilt gleichermaßen für die frühkindliche und schulische Bildung, die berufliche Ausbildung sowie die Fort- und Weiterbildung. Deshalb steht die IG Metall Baden-Württemberg von Beginn an hinter der Forderung der Landes-SPD nach gebührenfreien Kitas. Diese erfüllen einen doppelten Nutzen: Sie stärken diejenigen Kinder, die es am nötigsten haben. Und ermöglichen den Eltern, einer Arbeit nachzugehen beziehungsweise sich für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Mit Blick auf anstehende gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Herausforderungen ist dies der einzig richtige Weg.“



Winfrid Alber, Vorstandsmitglied bei pro familia Baden-Württemberg e.V.

Kitas erfüllen einen wichtigen Bildungs- und Betreuungsauftrag.

„pro familia Baden-Württemberg unterstützt das Bündnis, weil sich in der Beratung zeigt, dass Eltern Entlastung brauchen, um sich für Kinder und Familie entscheiden zu können. Dazu gehören auch kostenfreie Kitas, denn die Kita-Gebühren burden vielen Alleinerziehenden, aber auch Eltern insgesamt je nach Wohnort hohe Kosten auf. Kitas erfüllen einen wichtigen Bildungs- und Betreuungsauftrag. Der Zugang darf – wie bei Schulen auch – nicht vom Geldbeutel abhängen.“

Nils Opitz-Leifheit, Landesvorsitzender der AWO Württemberg e.V. (spricht hier auch für AWO Baden e.V.)

Qualität und Kostenfreiheit sind kein Gegensatz.

„Die Arbeiterwohlfahrt fordert seit langem und bundesweit die Gebührenfreiheit von Bildung und Kinderbetreuung. Qualität und Kostenfreiheit sind dabei kein Gegensatz, auch die Qualität muss weiter erhöht werden. Der Ansatz der SPD-Initiative, den bisher üblichen Elternanteil an den Kita-Kosten durch Landesmittel zu ersetzen, ist deshalb genau der richtige Weg, der weder auf Kosten der Träger noch der Kommunen geht.“





Paul Huber, Vorstandsmitglied beim Landesverband Kindertagespflege Baden-Württemberg e.V.

Für uns ist selbstverständlich, dass die Gebührenfreiheit für die institutionelle Betreuung und die Kindertagespflege gleichermaßen gelten muss.

„Die Kindertagespflege ist ein eigenständiges Angebot der frühkindlichen Förderung und für Kinder unter drei Jahren gesetzlich der institutionellen Kinderbetreuung gleichgestellt. Tageseltern bieten einen familienähnlichen Betreuungsrahmen und können bei den Betreuungszeiten flexibel auf die Bedarfe der Eltern eingehen – auch ergänzend zur Förderung in Einrichtungen. Damit leistet die Kindertagespflege einen unverzichtbaren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für uns ist selbstverständlich, dass die Gebührenfreiheit für die institutionelle Betreuung und die Kindertagespflege gleichermaßen gelten muss.“

Sabine Wölfle, Landesvorsitzende und Lars-Ejnar Sterley, Landesgeschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bunds Baden-Württemberg e.V.

Die mögliche Abschaffung der Kita-Gebühren ist gesellschaftlich ein zentrales Thema,...

„...für das sich der ASB Baden-Württemberg e.V. gerne einsetzt. Der Arbeiter-Samariter-Bund sieht mit dieser Gesetzesänderung die Möglichkeit, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg im Hinblick auf den Personalmangel attraktiv zu machen und Eltern die Möglichkeit zu geben, wieder früher in den Beruf einzusteigen bzw. deshalb nach Baden-Württemberg zu ziehen.“

Außerdem sieht der ASB darin die Möglichkeit, Familien mit einem geringeren Einkommen bildungs- und sozialpolitisch besser zu integrieren. Dies fördert die Bildungschancen von allen Kindern ganz ohne Stigmatisierung.“



Nikolaos Sakellariou, ehemaliger Vorsitzender der Naturfreunde Württemberg e.V.

Die Naturfreunde wünschen sich eine kostenfreie Kinderbetreuung!

„Das wäre die größte Entlastung für junge Familien mit Kindern, an die ich mich erinnern kann. Und sie ist auch nötig, um gerade junge Familien mit betreuungsbedürftigen Kindern zu entlasten. Das war im Grunde auch die Idee der Naturfreunde-bewegung: Jungen Familien kostengünstige Erholungsmöglichkeiten und Urlaubsziele durch ehrenamtliche Arbeit und Einsatz zu schaffen.“





Sahra Mirow, Landessprecherin von DIE LINKE Baden-Württemberg

Bildung ist eine öffentliche Aufgabe.

„DIE LINKE setzt sich seit ihrer ersten Stunde für kostenlose Kitas ein. Kitas sind Bildungseinrichtungen und Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Es kann nicht sein, dass Eltern Probleme haben, die Kita-Gebühren zu bezahlen – da reichen auch keine Sozialstaffelungen. Gerade für Alleinerziehende ist das ein Problem, rund die Hälfte von ihnen gilt als armutsgefährdet in Baden-Württemberg. Auch im reichen Ländle nimmt Kinderarmut zu. Das müssen wir verhindern, darum brauchen wir endlich kostenlose Kitas.“

**Hermann-Josef Pelgrim, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen
Gemeinschaft für Kommunalpolitik Baden-Württemberg e.V.**

Wir wollen überall gleiche Verhältnisse.

„Es ist nicht vermittelbar, dass Eltern in der einen Kommune mehrere hundert Euro im Monat für die Kita bezahlen müssen, während die Kitas in der Nachbarkommune gebührenfrei sind. Wir wollen überall gleiche Verhältnisse. Finanzschwächere Kommunen können beitragsfreie Kitas nicht aus ihrem eigenen Haushalt finanzieren, deswegen sind der Bund und das Land in der Pflicht.“



Unabhängig von diesem Bündnis für gebührenfreie Kitas hat der Verein „Mehr Demokratie“ inzwischen einen Bürgeraufruf an die Landesregierung gestartet, sich an das 2015 von allen Fraktionen ausgerufene Versprechen zu halten, Volksentscheide auch in der Praxis zu ermöglichen. Die Landesregierung und der Landtag sollen ihre Möglichkeit nutzen, vor Gericht eine eigene Stellungnahme abzugeben, erklärte die Landesgeschäftsführerin von „Mehr Demokratie“, Sarah Händel, im Blick auf das anhängige Verfahren beim Verfassungsgerichtshof zum Volksentscheid für gebührenfreie Kitas.

„Wer ohne Not eine maßgebliche Beschränkung der Mitbestimmung riskiert, lässt die Bürger im Stich. Es braucht eine Praxis von Volksbegehren und Volksentscheiden, um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zu erneuern“, betonte Händel bei einer symbolischen Übergabe von Unterschriften an das Staatsministerium.

Das Bündnis unterstützt diesen Aufruf tatkräftig.

i.A. Andreas Reißig
Pressesprecher

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel.: (0711) 6 19 36-31
Fax: (0711) 6 19 36-55
E-Mail: andreas.reissig@spd.de
Web: spd-bw.de
Bilder: SPD Baden-Württemberg, Partner



KITA-GEBÜHREN
ABSCHAFFEN

